Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 93 (1975)
Heft: 42: SIA-Heft, 7/1975: Konjunkturelle Perspektiven

Artikel: Zur aktuellen konjunkturellen Lage, insbesondere auf dem Bausektor
Autor: Brugger, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-72844

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rungsbedingungen eröffnet werden. Mit diesen von ausländischen Staatsinstituten wie beispielsweise der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KFW) gewährten langfristigen Finanzierungsbedingungen vermögen die Schweizer Banken nicht mitzuhalten, da sie auf vollständig privatwirtschaftlicher Grundlage arbeiten müssen. Aber auch wenn wir noch nicht soweit sind wie unsere Nachbarländer, müssen wir doch einräumen, dass viel getan wird, um unserer Export-Industrie zu helfen. Nicht nur die verschiedenen Goodwill-Missionen der Regierung zur Erschliessung neuer Märkte, sondern auch die Tätigkeit unserer Handelsabteilung verdient volle Anerkennung. Neue Handelsverträge erleichtern die Anbahnung wirtschaftlicher Kontakte. Die Bildung einer Gemischten Kommission, in welcher der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins gemeinsam mit Vertretern der Behörden die Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft demonstrieren, ermöglicht uns den Zugang zu hohen staatlichen Gremien, die wesentliche wirtschaftliche Entscheidungen treffen. Beachtliche Verbesserungen sind auch bei den Bedingungen der Export-Risikogarantie erzielt worden. Wir sind allerdings noch nicht überall so weit abgesichert, wie dies zum Beispiel in Frankreich und England bezüglich der Versicherbarkeit der Teuerung und der für Crédit acheteur gewährten 100%igen Deckung der Fall ist. Der Vortrag von Dir. H. Bohren wird den heutigen Stand der ERG und allfällige weitere Möglichkeiten der Exportförderung aufzeigen. Nicht zuletzt verdanken wir es ebenfalls der Initiative unserer obersten Landesregierung, dass sich unsere diplomatischen Vertreter eingehend mit unseren Problemen befassen. Wir sind überzeugt, dass sie einen grossen Beitrag an unsere Export-Anstrengungen leisten werden.

Schlusswort

Der Export von Produkten und Dienstleistungen ist für die Schweiz von grösster Bedeutung. In vielen industrialisierten Ländern ist die Nachfrage zurückgegangen. Wir müssen deshalb alles unternehmen, um in neuen Märkten erfolgreich zu sein. In diesen Märkten werden Importe und Investitionen jedoch vielfach von staatlichen Stellen geplant und gelenkt. Der Zugang zu Regierungen ist für die Privatindustrie nicht immer einfach, und wir benötigen Unterstützung. Durch die Zusammenarbeit von Staat, Banken und Industrie kann unsere Stellung verstärkt und der Zugang zu unseren neuen Geschäftspartnern erleichert werden.

Nicht zuletzt aber müssen *wir selber* aggressiver werden, und wir müssen bereit sein, Risiken einzugehen. Denn nur wer gewillt ist, Risiken auf sich zu nehmen, wird in den neuen Märkten erfolgreich sein.

Adresse des Verfassers: *M. Züblin*, Generaldirektor, *Gebr. Sulzer AG*, 8401 Winterthur.

Zur aktuellen konjunkturellen Lage, insbesondere auf dem Bausektor

Von Bundesrat **Ernst Brugger**

DK 061.2:62:338.97

Die Bauwirtschaft muss heute einen Beschäftigungseinbruch entgegennehmen, wie er in diesem Ausmass und in dieser Raschheit in der Nachkriegszeit von keinem anderen bedeutenden Wirtschaftszweig hingenommen werden musste. Davon wurde nicht nur das Baugewerbe im engeren Sinn, sondern auch die Planungs- und Projektierungsstufe, das Baunebengewerbe und die Zulieferer, wenn auch in unterschiedlichem Mass, betroffen. Die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben, sind teils konjunktureller, teils struktureller Art.

Konjunkturlage

Weltweite Rezession

Angesichts unserer engen und vielfältigen aussenwirtschaftlichen Verflechtung wird die Schweiz durch Störungen im Gefüge der Weltwirtschaft unmittelbar und direkt betroffen. Da wir uns diesen Einflüssen kaum zu entziehen vermögen, muss jede konjunkturpolitische Lagebeurteilung die Entwicklung im Ausland miteinbeziehen.

Die Weltwirtschaft befindet sich seit Mitte 1974 in ihrer seit Kriegsende stärksten und nahezu alle Staaten umfassenden Rezession. Entgegen früheren Abschwungphasen verläuft heute die Entwicklung dies- und jenseits des Atlantiks nahezu parallel, womit die Talfahrt zusätzlich verstärkt wird. Die Arbeitslosenzahlen steigen auf neue Rekordwerte, während die Einkommen, die Produktion, die Investitionstätigkeit und der Welthandel teilweise kräftig schrumpfen.

Die industrielle Produktion ist stark rückläufig. Gemäss Angaben der OECD verzeichneten die Industriestaaten im ersten Halbjahr 1975 den stärksten Produktionsrückgang in der Nachkriegszeit. Die sinkende Kapazitätsauslastung und der Zwang zum Abbau der übersetzten Fertigfabrikatelager hat die Nachfrage nach Arbeitskräften wesentlich gedrückt. Die Arbeitslosigkeit nimmt daher in den westlichen Volkswirtschaften bedeutend zu. Zurzeit sind im OECD-Raum rund 15 Mio Menschen oder 5½% der aktiven Bevölkerung ohne Arbeit.

Die Investitionsneigung ist in allen OECD-Ländern ausserordentlich gedämpft. Die Nachfrage nach Investitionsgütern – seien es nun Bauten oder Ausrüstungen – ist denn auch die im gegenwärtigen Konjunkturtief weitaus schwächste Nachfragekomponente. Hier sind die Hoffnungen auf eine rasche Wende am geringsten. Die niedrige Kapazitätsauslastung drückt auf die Baulust beim industriell-gewerblichen Bau, während der Wohnungsbau, trotz stark verbesserter Finanzierungsmöglichkeiten, an der Überproduktion der vergangenen Jahre leidet.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, verbunden mit entsprechenden Einkommenseinbussen und ungünstigen Einkommenserwartungen, haben der privaten Konsumnachfrage einen nachhaltigen Dämpfer aufgesetzt.

Die Ausweitung des Handelsverkehrs ist ebenfalls ins Stocken geraten. Die hohen Zuwachsraten des Welthandelsvolumens der letzten Jahre haben negativen Werten Platz gemacht.

Das reale Brutto-Sozialprodukt der OECD-Länder, das sich 1973 noch um gut 6% erhöhte, stagnierte 1974 und bildete sich im ersten Halbjahr 1975 um rund 4% zurück. Bei einem Sozialprodukt von 12 bis 13 Billiarden Fr. bedeutet dies einen Nachfrageausfall von etwa 500 Mrd Fr., was rund das dreieinhalbfache des Leistungspotentials der schweizerischen Volkswirtschaft ausmacht.

Im Gefolge der Rezession hat der Preisauftrieb allgemein etwas nachgelassen. Auch auf der Konsumstufe scheint sich nunmehr eine gewisse Beruhigung, allerdings auf unbefriedigend hohem Niveau, abzuzeichnen. Von einer weltweiten Lösung des Inflationsproblems sind wir allerdings noch weit

entfernt. Es muss vielmehr befürchtet werden, dass ein künftiger wirtschaftlicher Aufschwung von einem stark überhöhten Inflationssockel aus starten würde.

Aussichten

Die Aussichten für die nächsten Monate sind eher unerfreulich. Wohl hat sich die wirtschaftliche Rückbildung im OECD-Raum in den letzten Monaten verlangsamt. Der konjunkturelle Tiefpunkt scheint in Sicht zu sein. Die Voraussetzungen für einen neuerlichen Aufschwung sind indes heute noch nicht vorhanden. Verschiedene Staaten haben denn auch weitere konjunkturstützende Massnahmen verabschiedet. Einzig die USA und Japan scheinen die Talsohle bereits durchschritten zu haben. Von der Wende in diesen Ländern sind jedoch für Westeuropa im laufenden Jahr keine Impulse zu erwarten. Eine Belebung dürfte sich hier erst einstellen, wenn autonome Auftriebsfaktoren auftreten. Ein Ende der Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten der westlichen Welt ist daher kaum kurzfristig zu erwarten.

Gründe der Rezession

Die Ursachen, die zu diesem nachhaltigen Einbruch in die weltwirtschaftliche Entwicklung geführt und uns die Anfälligkeit und gegenseitige Abhängigkeit drastisch vor Augen geführt haben, sind bekannt. An erster Stelle muss wohl das jahrelange Festhalten an festen Wechselkursen bei länderweise unterschiedlicher Teuerungsrate erwähnt werden. Dies führte einerseits zu Zahlungsbilanzungleichgewichten in wichtigen Ländern und anderseits zu Fehlleitungen wirtschaftlicher Ressourcen, indem Produktionsstrukturen aufgebaut und ständig erweitert wurden, die bei realistischen Kursen kaum Bestand gehabt hätten. Weiter sind zu nennen: Die das Wirtschaftsgeschehen verfälschenden Verzerrungen; die Verknappung wichtiger Nahrungsmittel; die teils spekulativ angeheizten hektischen Preisaufschläge bei gewissen Rohstoffen; das wirtschaftliche Gefälle zwischen reichem Norden und dem unter Bevölkerungsdruck leidenden Süden sowie – last but not least – die Vervierfachung des Erdölpreises. Letztere verschärfte die globalen Zahlungsbilanzungleichgewichte noch zusätzlich und stellte die Weltwirtschaft vor eine ausserordentliche Bewährungsprobe.

Die Wirtschaftslage der Schweiz

Überblick

Unser Land ist seit Ende 1974 zunehmend in den Strudel des weltwirtschaftlichen Konjunkturtiefs geraten. Unter den drei Nachfragekomponenten waren es die Investitionen, die als erste bereits 1974 deutliche Schwächezeichen aufwiesen. In der Folge griffen die Abkühlungstendenzen von der primär betroffenen Bauwirtschaft auf weitere Zuliefer- und Abnehmerbranchen über. Die gedrückten Konjunkturerwartungen dämpften ihrerseits die Ausgabenlust der Konsumenten. Vorerst vermochte der Export den Nachfrageeinbruch im Binnenbereich noch etwas aufzufangen, heute ist auch dieser rückläufig. Diese gleichzeitige Nachfrageschwäche im Binnen- wie im Aussenbereich bescherte unserer Wirtschaft die schwerste und längste wirtschaftliche Rezession in der Nachkriegszeit, verbunden mit einem nachhaltigen Beschäftigungseinbruch. Dabei gilt zu beachten, dass diese Abwärtsentwicklung aller drei Nachfragekomponenten durch Sondereinflüsse – wie etwa der Bevölkerungsstillstand – massgeblich verstärkt wird. Dass sich unter dem geballten Druck konjunktureller und struktureller Schwierigkeiten bisher nicht noch mehr Risse im Gefüge unserer Wirtschaft gezeigt haben, stellt ihrer Anpassungsfähigkeit ein gutes Zeugnis aus.

Investitionen

Am ausgeprägtesten sind die Abschwächungstendenzen im Investitionsbereich. Sowohl die Ausrüstungs- wie die Bauinvestitionen sind in den letzten Monaten deutlich unter den vergleichbaren und ohnehin schon gedrückten Vorjahresstand gesunken. Nach den jüngsten Erhebungen des Schweizerischen Baumeisterverbandes muss damit gerechnet werden, dass die Bautätigkeit im Bauhauptgewerbe vom Juli bis Dezember im Vergleich zum Vorjahr um 40% zurückgehen wird. Auch der Auslastungsgrad ist erneut gesunken. In gleicher Richtung weisen der massive Rückgang (30%) der Zementlieferungen, der Umsatzschwund in der Ziegel- und Steinindustrie, die rückläufige Zahl der neuerstellten und baubewilligten Wohnungen und der industriellen Planvorlagen. Demgegenüber haben die neubewilligten Baukredite in den ersten sieben Monaten den Vorjahresstand um rund 16% übertroffen. Es wäre indes verfrüht, daraus bereits auf eine Wende am Baumarkt schliessen zu wollen. Die Kredite werden nur zögernd in Anspruch genommen. Man wartet zu.

Konsum

Die bereits seit einiger Zeit feststellbare Abschwächung des Warenkonsums hält unvermindert an. Die Kleinhandelsumsätze sanken real im 1. Quartal 1975 gegenüber dem Vorjahr um rund 6% und im zweiten Quartal um rund 10%. Dabei konzentriert sich der Rückgang auf die dauerhaften Konsumgüter.

Hier widerspiegelt sich die Rückbildung der Masseneinkommen als Folge der veränderten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Bei gewissen dauerhaften Konsumgütern dürfte zudem eine bestimmte Sättigung erreicht sein, die längerfristig zu einer Umstrukturierung und Redimensionierung der Produktionskapazitäten führen könnte.

Aussenwirtschaft

Die rezessionsbedingte Rückbildung der Auslandnachfrage, verbunden mit dem ausgeprägten Anstieg des Frankenkurses seit September 1974, hat in unserem Aussenhandel deutliche Spuren hinterlassen. In den ersten acht Monaten ist die Ausfuhr wertmässig um knapp 8%, real um 12%, zurückgegangen. Bei sektoriell unterschiedlicher Entwicklung hat sich die Lage in praktisch allen Bereichen verschlechtert. Im Gefolge der schwachen Binnen- und Exportkonjunktur sind die Einfuhren noch stärker zurückgegangen als die Ausfuhren, nämlich um rund 20%. Während die Exportpreise über dem Vorjahresniveau liegen, ist bei den Importpreisen eine deutliche rückläufige Tendenz festzustellen. Damit haben sich die «Terms of trade» (Realaustauschverhältnis) wieder zu unseren Gunsten verbessert.

Produktion und Beschäftigung

Der Auftragseingang ist schleppend. Trotz Drosselung der Produktion nehmen die Auftragsbestände in weiten Bereichen der Wirtschaft, wenn auch verlangsamt, ab. Auftragsannullierungen und zeitlich hinausgeschobene Abrufe bestellter Güter sind nach wie vor an der Tagesordnung. Der Produktionsindex lag in den ersten beiden Quartalen um 18 bzw. 17% unter dem Vorjahresstand. Der Produktionsrückgang hat bisher nur teilweise auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Ende August waren 10100 Ganzarbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet, während aber 100000 von Kurzarbeit betroffen waren. Der teils kräftige Rückgang des Beschäftigtenindex lässt darauf schliessen, dass die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte fühlbar abgebaut worden ist (über 60000 bei den Saisonniers und Grenzgängern, 25000 bei den Aufenthaltern und Niedergelassenen). Ein weiteres Anschwellen

der Arbeitslosenquote auf das Ende des Jahres kann nicht ausgeschlossen werden, beurteilen doch die Unternehmer in der Industrie ihre Belegschaft, gemessen am erwarteten Auftragseingang, vielerorts als zu gross. Fraglich ist auch, wie lange in den davon betroffenen Betrieben das Regime der Kurzarbeit durchgehalten werden kann.

Teuerung

Einziger Lichtblick am düsteren schweizerischen Konjunkturhimmel stellt die Teuerungsentwicklung dar. Im August sank die am Konsumentenpreisindex gemessene Teuerung erstmals wieder seit Ende 1972 unter 7%. Der Anstieg der Grosshandelspreise ist im Vorjahresvergleich seit Monaten rückläufig. Auch der Baukostenanstieg ist zum Stillstand gekommen und teilweise werden massive Abgebote gemacht.

Ausblick

Weder von der Binnenkonjunktur noch vom Ausland sind in den nächsten Monaten wesentliche Auftriebsimpulse zu erwarten. Der von manchen Prognostikern auf Jahresende erwartete Wiederaufschwung ist eher unwahrscheinlich. Bei erneut anziehender Nachfrage müssten zudem vorerst die hohen Lagerbestände abgebaut werden, bevor der Produktionsausstoss gesteigert und damit die Beschäftigungslage verbessert werden könnte. Heute ist eher damit zu rechnen, dass vermehrt von Kurzarbeit auf Entlassungen übergegangen wird. Dagegen darf angenommen werden, dass infolge des verbreiteten Nachfragerückganges die Konsumgüterpreise verstärkt unter Druck geraten. Die Teuerungsrate wird sich – tiefgreifende Störungen auf den Geld- und Gütermärkten vorbehalten – weiter zurückbilden und könnte auf Jahresende die 5%-Grenze erreichen, was im Hinblick auf die soziale Lage im Inneren und auf unsere Konkurrenzfähigkeit an der Exportfront von grosser Bedeutung ist.

Zur Lage der Bauwirtschaft im besonderen

Wie einleitend erwähnt, ist der Einbruch bei den Bauinvestitionen am ausgeprägtesten. Welches sind die Gründe dafür? Seit 1948, als erstmals eine Bauerhebung durchgeführt wurde, bis heute – in einem Vierteljahrhundert also – hat sich die Bautätigkeit real nahezu verfünffacht.

Besonders stürmisch war die Entwicklung zu Beginn des laufenden Jahrzehnts. Die nominalen Bauinvestitionen erhöhten sich, jeweils im Vergleich zum Vorjahr, 1969 um 11%, 1970 um 16%, 1971 und 1972 gar um 21%. 1973 flachte die Zuwachsrate als Folge der ergriffenen Dämpfungsmassnahmen fühlbar ab, nämlich auf nominal 9%; die volumenmässige Ausweitung kam zum Stillstand. Im letzten Jahr ging die Bautätigkeit sowohl wert- wie volumenmässig zurück. In den vorangegangenen Jahren jedoch vermochte sich die Bautätigkeit im Vergleich zu den anderen Nachfragekomponenten übermässig stark auszudehnen, womit das Baugewerbe seinen Anteil am Wertschöpfungspotential unserer Wirtschaft ansehnlich steigern konnte. Der Anteil der Bauinvestitionen am Sozialprodukt erhöhte sich ab 1969 von 17% auf mehr als 20% 1972, um sich bis 1974 auf 17½% zurückzubilden. Vergleichsweise lag diese Quote 1948 noch bei knapp 11%. Aber auch ein Vergleich mit ähnlich strukturierten Ländern zeigt, dass der bei uns erreichte Anteil als stark überhöht bezeichnet werden muss. Im Jahrfünft 1968 bis 1972 lag die Bauinvestitionsquote in der Schweiz bei 18,3%, während sie im Mittel der sieben Staaten Belgien, Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen, Österreich und Schweden bei 14,2, d.h. um gut 4% oder annähernd einen Viertel tiefer lag.

Angesichts dieser Zahlen kommt man nicht um die Feststellung herum, dass in den vergangenen Jahren inflationär angeheizter Betriebsamkeit in der Bauwirtschaft Produktionsstrukturen aufgebaut wurden, die, gemessen am längerfristigen Bedarf, als übersetzt zu bezeichnen sind. Manch ein Unternehmer hat die damaligen hohen Zuwachsraten als für alle Zukunft gesichert – als Entwicklungstrend – hingenommen und übersehen, dass es sich vielmehr um relativ kurzfristige Abweichungen vom Trend handelte. Dieses «am Markte vorbeiproduzieren» gab dem Aufschwung ein Eigenleben, ernährte er sich doch aus sich selbst heraus.

Das konnte nur solange gut gehen, als auch die Nachfrage hoch blieb und durch eine verbreitete Inflationsmentalität und der damit zusammenhängenden Flucht in Sachwerte noch zusätzlich angeheizt wurde. Dass solcherart strukturelle Überkapazitäten geschaffen wurden, wollten viele vorerst nicht wahrhaben. Die Vorstellung von 10 Mio Einwohnern – eine Zahl, die übrigens in den Perspektivstudien von Prof. *Kneschaurek* nirgends zu finden ist – hielt sich hartnäckig im Raum. Bereits eine Verlangsamung des konjunkturellen Wachstumstempos musste bei dieser Lage indes zu Störungen führen. Gesellen sich dann noch, wie dies heute der Fall ist, demographisch bedingte Strukturanpasssungen hinzu, muss der unausweichliche Rückbildungsprozess um so brutaler ausfallen.

Dies soll am Beispiel des Wohnungsbaus noch etwas näher dargelegt werden. In den Jahren 1971 bis 1974 wurden im Durchschnitt jährlich 75000 Wohnungen erstellt. Demgegenüber nahm die Bevölkerung bloss noch um 50000 zu. Es wurden somit 1½ Wohnungen je Kopf erstellt. Bei diesem Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage ist eine Marktübersättigung und ein Emporschnellen des Leerwohnungsbestandes unausweichlich. Dies um so mehr, als infolge der konjunkturellen Abkühlung die einkommensbedingte Wohnraumnachfrage, die sich in den letzten Jahren als wesentliche Stütze erwies, fühlbar an Stosskraft verloren hat. Eine verminderte Wohnungsproduktion hat aber auch Auswirkungen auf denjenigen Teil des öffentlichen Baus, der vom Wohnungsbau abhängt, wie Quartierstrassen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen.

Aber auch der industriell-gewerbliche Bau, dessen Wachstumstempo im wesentlichen von der Arbeitskräftezahl bestimmt wird, dürfte sich als Folge der vorgesehenen Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung, die im wesentlichen nur über den Abbau der ausländischen Erwerbstätigen verwirklicht werden kann, künftig erheblich verlangsamen.

Redimensionierung unumgänglich

Die Bauwirtschaft wird sich somit dem wohl schmerzhaften, indessen nicht zu umgehenden Redimensionierungsprozess anpassen müssen. Auf welcher Höhe sich das neue Gleichgewicht einpendeln wird, kann heute nur annäherungsweise gesagt werden. Im Sinne einer Bandbreite würden wir meinen, das längerfristigere Bedarfsniveau dürfte sich etwa auf dem zu Vergleichszwecken herangezogenen Stand ähnlich strukturierter ausländischer Staaten einpendeln.

Ich bin mir bewusst, dass sich hinter der nackten Feststellung, die Bauwirtschaft habe sich zurückzubilden, Umstellungen verbergen, die mit grossen individuellen Härten und Opfern sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite verbunden sind. Wer indes die Marktwirtschaft bejaht, sollte sich nicht nur in der Aufschwungsphase voll zu ihr bekennen, sondern auch in schwierigeren Zeiten. Wir haben denn auch mit Genugtuung vermerkt, dass ihre Kreise bereit und willens sind, die anstehenden Probleme im wesentlichen Umfange aus eigener Kraft zu lösen. Es wäre gänzlich verfehlt, in lähmender Resignation zu verharren oder allzu viel Kraft für die Suche nach Sündenböcken zu investieren. *Schuld sind wir alle.*

Wirtschaftspolitische Massnahmen

Investitionsprogramm

Wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, neigt die Marktwirtschaft zum Übersteuern. Führte die Fahrt zu Beginn der siebziger Jahre in bisher nie gekannte Höhen wirtschaftlicher Erfolge und allgemeiner Prosperität, fällt sie heute in die Tiefen einer ernsten Rezession. Übermässiger Optimismus ist einer übertriebenen Zurückhaltung gewichen. Falls der Zementabsatz die laufende Bautätigkeit richtig widerspiegelt, muss heuer mit einem Rückgang des Bauvolumens um mindestens einen Drittel gerechnet werden. Damit würde die Investitionsquote deutlich unter die als Bedarfsniveau angesehene Bandbreite von 14 bis 15% des Brutto-Sozialproduktes absinken, also weit über das Ziel hinausschiessen.

Angesichts dieser Lage hat sich der Bundesrat entschlossen, dem Parlament auf dem Dringlichkeitsweg ein Investitionsprogramm mit einem Auftragsvolumen von knapp 1,1 Mrd Fr. vorzulegen. Dieses wurde in der Juni-Session von den Räten verabschiedet und geht heute der Verwirklichung entgegen. Ziel dieses Programms ist es nicht, die durch die fehlende private Nachfrage entstandenen Lücken restlos zu füllen und das Baugewerbe von der notwendigen Redimensionierung zu verschonen und unumgängliche Anpassungen und Strukturänderungen hintenanzuhalten. Dazu wäre das Programm ja auch zu knapp bemessen. Es geht vielmehr darum, das Tempo des Anpassungsprozesses etwas zu bremsen und eine überdimensionierte Zerstörung bauwirtschaftlicher Kapazitäten, die später mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten wieder aufgebaut werden müssten, zu verhindern.

Grundsätzlich könnte man sich auch eine Konjunkturbelebung über den Konsum vorstellen, etwa in Form von Steuerrabatten. Nur ist hier die Gefahr gross, dass diese Mittel nicht dem Konsum zufliessen, sondern gespart werden. Zudem ist die Lage der öffentlichen Finanzen derart ernst, dass Steuersenkungen notgedrungen ausser Betracht fallen müssen. Der Ansatzpunkt eines Ankurbelungsprogramms hat somit bei den Investitionen zu liegen, dies um so mehr, als die Bauwirtschaft besonders eng mit der Gesamtwirtschaft verknüpft ist. So folgt auf eine Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit grosser Sicherheit und sehr rasch auch eine Tendenzwende in der Bauwirtschaft, wie anderseits Ausschläge der Investitionstätigkeit das Wachstumstempo merklich verstärken. Dazu kommt der von den Bauinvestitionen ausgehende starke Multiplikationseffekt auf die Einkommensentwicklung. Damit meinen wir die Tatsache, dass von der Beschäftigungszunahme in der Bauwirtschaft kräftige Sekundäreffekte auf zahlreiche andere, dem Bauprozess vor- oder nachgelagerte Wirtschaftsbereiche ausgehen und dort ebenfalls Einkommenserhöhungen bewirken. Bei unserer Wirtschaftsordnung und bei der gegebenen Bedarfsstruktur kann ein Beschäftigungsanstoss im wesentlichen nur vom öffentlichen Bau her kommen. Lediglich hier besteht in gewissen Bereichen noch ein echter Nachholbedarf. Wir denken dabei insbesondere an Bauaufgaben, welche Umweltbelastungen abbauen und Engpässe im Infrastrukturbereich beheben.

Es ist ganz klar, dass ein solches Programm nur dann zum Tragen kommt, wenn ausführungsreife Vorhaben vorliegen, deren Verwirklichung auf technisch und administrativ einfache Weise erfolgen kann. Nun eignet sich aber unser dreigeteilter föderalistischer Staatsaufbau nur sehr bedingt für Dringlichkeitsübungen im Investitionsbereich. Aus verfahrenstechnischen Gründen wären öffentliche Investitionsprogramme vorzuziehen, an denen nur eine staatliche Ebene finanziell und verwaltungsmässig engagiert ist. Der Bundesrat hat denn auch die Kantone und Gemeinden eingeladen, aus eigener Kraft besondere Investitionsprogramme vorzubereiten und durchzuführen. Um ihre Verwirklichung von der Finanzierungsseite her zu erleichtern, hat sich die Nationalbank bereit erklärt, Schatzscheine der Kantone zum offiziellen Diskontsatz von derzeit 4% zu rediskontieren. Damit stehen Mittel zu günstigen Bedingungen zur Verfügung. Eine Vielzahl von Kantonen ist denn auch dieser Aufforderung nachgekommen und hat eigenständige Stützungsprogramme erarbeitet und ausgelöst. Dabei versteht sich von selbst, dass die Finanzierung dieser Ausgabenprogramme möglichst inflationsneutral erfolgen sollte. Dazu steht für die langfristige Finanzierung der zurzeit äusserst leistungsfähige Kapitalmarkt, d.h. der Rückgriff auf volkswirtschaftliche Ersparnisse, zur Verfügung. Wie lange dieser Zustand anhält, weiss niemand. Die Belastbarkeit des Kapitalmarktes ist auf jeden Fall nicht unbegrenzt. Zudem darf der Staat die Kreditbedürfnisse der privaten Wirtschaft nicht konkurrenzieren und auf diese Weise Impulse für Zinserhöhungen geben. Das hiesse den Teufel mit dem Belzebub austreiben. Wir prüfen deshalb auch andere, unkonventionelle Finanzierungsarten. Aber auch der Verschuldungsplafond des Staates hat natürlich seine oberen Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn die Massnahmen nicht kontraproduktiv wirken sollen.

Ob es gelingt, mit dem nunmehr eingeleiteten Investitionsprogramm den Beschäftigungseinbruch in der Bauwirtschaft zu bremsen, bleibt abzuwarten. Man wird sich bewusst sein müssen, dass die Verwirklichung Zeit braucht. Tiefgreifende Wirkungen können nicht von heute auf morgen erwartet werden. Bereits ist von verschiedener Seite der Ruf nach weiteren, vor allem auch langfristigen Investitionsprogrammen erhoben worden. Wir haben schon im Frühsommer diese Frage geprüft und die Notwendigkeit grundsätzlich bejaht. Weitreichende Vorarbeiten sind inzwischen geleistet worden. Solche Programme müssen nebst bundeseigenen und vom Bund mitfinanzierten Bauvorhaben auch Ausrüstungsinvestitionen sowie Forschungs- und Projektierungsaufträge umfassen. Letztere scheinen uns von ganz besonderer Bedeutung zu sein, würde doch ein Einbruch im Planungsbereich künftige wirtschaftliche Aktivitäten empfindlich einengen. Im übrigen kommen sie einer Berufsgruppe zugute, die vom Beschäftigungseinbruch hart betroffen worden ist. Es ist vorgesehen, bereits mit dem Voranschlag 1976 den eidgenössischen Räten ein konjunkturelles Zusatzprogramm zu unterbreiten, über dessen Höhe und Ausgestaltung wir zurzeit noch diskutieren. Ebenso sind längerfristige eigentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme in Vorbereitung, die im Sinne einer erhöhten Bereitschaft unsere Einsatzmöglichkeiten im Falle einer merklichen Verschlechterung der Wirtschaftslage verbessern sollen.

Zinspolitik

Die Höhe des Hypothekarzinssatzes ist eine für die gesamte Bauwirtschaft wichtige Frage. Die Bemühungen der Nationalbank waren – im Einvernehmen mit dem Bundesrat – in den letzten Monaten darauf ausgerichtet, den Trend zum allgemeinen Zinsabbau zu unterstützen. So wurde der Diskontsatz dieses Jahr bereits dreimal um je ½% gesenkt. Auch wurde die Geldmenge massvoll ausgedehnt, so dass die Mittelversorgung der Wirtschaft heute als reichlich bezeichnet werden darf.

Der Preisüberwacher verfügte letzten Herbst einen Zinsstopp für Althypotheken und hielt Anfang Sommer 1975 – angesichts der sich anbahnenden rückläufigen Zinsentwicklung – an diesem Entschluss fest. Direkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die Zinsbedingungen für Neuhypotheken besitzen wir hingegen keine. Dieser Tage nun haben die Banken beschlossen, gewisse Zinssätze zurückzunehmen. Damit dürften sich auch die Konditionen für Neuhypotheken verbilligen. Angesichts des weitgehend strukturell bedingten Einbruchs

der Baunachfrage muss allerdings vor allzu grossen Hoffnungen bezüglich der nachfragebelebenden Wirkungen der Zinssatzsenkung gewarnt werden.

Staat und Wirtschaft

Wie aus den bisherigen Darlegungen hervorgeht, ist der Bundesrat willens, die nötigen und ihm möglichen Schritte zu unternehmen, um die Talfahrt unserer Wirtschaft zu bremsen. In der heutigen Zeit kommt der Staat auch bei uns nicht darum herum, eine aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben. Ein nur unzureichendes Instrumentarium darf dafür kein Hinderungsgrund sein, ist aber ein nicht zu unterschätzendes Erschwernis, welches den Erfolg der Stabilisierungspolitik erheblich beeinträchtigen kann. Dieser Mangel ist um so gravierender, als die Wirtschaft und deren Entwicklung für jede moderne Industriegesellschaft von zentraler Bedeutung sind.

Wirtschaftliche Probleme schliessen denn zumeist auch soziale, gesellschaftliche und damit politische Probleme in sich. Es geht dabei um die Abwehr all jener inneren und äusseren Gefahren, wie Inflation und Arbeitslosigkeit, die zur Selbstzerstörung unseres Wirtschaftssystems führen können, wenn ihnen freier Lauf gelassen wird. Der Staat hat dort ins Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, wo die grundlegenden Mechanismen der Marktwirtschaft in ihrer Funktionsweise gestört sind, wo das freie Spiel der Kräfte die Probleme nicht zu lösen vermag, sondern sie verschärft.

Anderseits wird man aber auch die durch unsere Wirtschaftsordnung gesetzten Grenzen staatlicher Intervention klar erkennen müssen. Der Staat verfügt zwar über gewisse Steuerungsinstrumente, doch kann und soll er nicht der Motor der Entwicklung sein. Es wäre eine Illusion zu glauben, die Behörden wären in der Lage, durch spektakuläre Massnahmen die heutigen Schwierigkeiten zu überwinden. Statt gebannt auf den Staat zu blicken, dessen Aktionen abzuwarten und in einen schicksalsergebenen Attentismus zu verfallen, sollten die Unternehmer – wie dies ihrer Verantwortung im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung entspricht – von sich aus Lösungen für die anstehenden Probleme suchen und die dann notwendigen Schritte einleiten. Ein erfreuliches Beispiel dafür sind die durch Ihren Verein ergriffene Initiative zur Abklärung der Möglichkeiten des Exportes von Dienstleistungen auf dem Projektierungssektor und von Arbeiten im Ausland, aber auch Ihre Bemühungen um die stellenlosen Absolventen der beiden technischen Hochschulen.

Wer heute nach verstärkter Staatsintervention ruft, sollte sich dieser Zusammenhänge bewusst sein. Man sollte bei aller Beschäftigung mit den momentanen Schwierigkeiten die längerfristigen Ziele unserer Wirtschaftspolitik nicht vergessen. Man solllte nichts tun, was zwar heute spektakulär ist und auch gewisse Erleichterungen bringt, das aber schon für morgen falsch ist und unsere wirtschaftliche Zukunft gar gefährden könnte.

Wir besitzen ermutigende Voraussetzungen für die Gesundung unserer Wirtschaft. Unsere wirtschaftlichen Strukturen sind im grossen und ganzen nicht schlecht. Wir können hart arbeiten, sind hierzu ausgebildet und besitzen eine genügende geistige Flexibilität, um uns auf neue Situationen einzustellen. Die zwischen den Sozialpartnern anstehenden Fragen werden im allgemeinen mit Besonnenheit und grossem Verantwortungsbewusstsein angegangen. Die inflationären Impulse gehen zurück; wir stehen in dieser Beziehung an zweiter Stelle unter den Industrienationen dieser Welt. Unsere Zahlungbilanz ist nach wie vor aktiv, und wir sehen keine Gefahr, dass wir in ein Defizitland abrutschen könnten. Es besteht deshalb kein Grund, in eine Resignation zu verfallen, die unsere Fähigkeit zum richtigen Reagieren lähmen müsste.

Möglichkeiten der Exportrisiko-Garantie für Baudienstleistungen

Direktor **H. Bohren**, Geschäftsstelle für die Exportrisiko-Garantie, Zürich

DK 061.2:62:338.97

Bereits gegen Ende des letzten Jahrhunderts war es in den führenden europäischen Handelsländern möglich, das Kreditrisiko für Warenlieferungen bei privaten Versicherungsgesellschaften teilweise abzusichern. Von einem staatlichen Kreditschutz war jedoch damals noch nicht die Rede.

Erst nach dem Ersten Weltkrieg erkannte man, dies vorerst in England, dass mit Hilfe einer staatlichen Kreditversicherung die Exporte, auf die das Land im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffurg dringend angewiesen war, wesentlich gefördert werden könnten. Heute besitzen die meisten Industriestaaten und auch verschiedene Entwicklungsländer eine Organisation, die ihren Exporteuren einen Teil gewisser Risiken im Zusammenhang mit der Ausfuhr abnimmt.

Die Entwicklung in der Schweiz

Unter dem Druck der Krise der Dreissiger Jahre, als die wenigen Auslandaufträge, die noch zu erhalten waren, nur noch zu ausserordentlichen Bedingungen hereingebracht werden konnten, sah sich die Schweiz gezwungen, eine entsprechende Organisation zu schaffen. Zuerst wurde eine bescheidene Lösung auf kantonalem Boden gefunden. Im Jahre 1934 wurde dann vom Bund die Exportrisikogarantie als Mittel zur Arbeitsbeschaffung und zur Exportförderung ins Leben gerufen. Der Deckungssatz war damals nur bescheiden. In der Regel betrug er 35%. Er durfte aber auf keinen Fall 50% übersteigen. Am meisten eingeengt wurde die Garantie aber durch den vom Bund gesetzten Plafond von 10 Mio Fr., der nicht überschritten werden durfte. Wie eng diese Grenze gezogen war, geht aus einem Vergleich mit dem heutigen Engagement hervor, das sich um 8 Mrd. Fr. bewegt und durch keinen Plafond mehr begrenzt wird. Die Garantien wurden damals ausschliesslich für die Lieferung von Produktionsgütern gewährt.

Unter dem Druck der ständig zunehmenden Risiken im Aussenhandel entschlossen sich die eidgenössischen Behörden zu einem weitgehenden Ausbau der Garantie und damit zur Schaffung eines Bundesgesetzes über die Exportrisikogarantie, das am 1. August 1939 in Kraft trat.

Das neue Gesetz wurde mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bald einer grossen Belastungsprobe unterzogen. Die Zahl der beantragten und erteilten Garantien, wie auch das Engagement, erhöhten sich sprunghaft. Diese Regelung wurde erst 1958 durch das heute noch geltende Gesetz abgelöst. Allerdings sind an Gesetz und Vollziehungsordnung in den letzten Jahren einige Änderungen vorgenommen worden. Als markanteste Neuerung beim gegenwärtigen Gesetz kann bezeichnet werden, dass die Vergütung, für die früher die Selbstkosten als Grundlage dienten, nun auf dem Fakturawert berechnet wird. Der Grundgedanke des neuen Ge-